



■ Befristung und Leiharbeit stoppen!

■ Mindestsicherung

ohne Sanktionen statt Hartz IV! ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!
■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!
■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

Befristung und Leiharbeit stoppen

Das eigene Leben planen können, sollte selbstverständlich sein. Aber für immer mehr Menschen ist das kaum noch möglich, weil sie in unsicheren Arbeitsverhältnissen stecken. Seit den Agenda-2010-Gesetzen dürfen Arbeitsverhältnisse ohne sachlichen Grund – das wäre zum Beispiel eine Elternzeitvertretung – befristet sein. Die Zahl der Befristungen hat sich in den letzten 20 Jahren fast verdreifacht.

Befristete Verträge schwächt den Kündigungsschutz und macht die Beschäftigten erpressbar – wer Angst hat, seine Arbeit zu verlieren, setzt sich seltener zur Wehr gegen schlechte Arbeitsbedingungen. Befristet Beschäftigte sind systematisch schlechter bezahlt als unbefristete. Die Arbeitgeber können so ihre wirtschaftlichen Risiken auf die Beschäftigten abwälzen. Große Unternehmen, wie Amazon oder Aldi, erwirtschaften dadurch Milliardenprofite.

Besonders deutlich wird das bei der Leiharbeit. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen im Schnitt ein Drittel weniger als ihre Kollegen aus der Stammelegschaft. Seit Tarifverträge für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erkämpft wurden, weichen die Arbeitgeber auf noch schlechter entlohnte Werkverträge aus. Gleichzeitig machen Leiharbeitsfirmen riesige Umsätze.

Immer mehr Menschen hangeln sich von einem schlecht bezahlten Mini-Job, Werkvertrag, Projekt oder Praktikum zum nächsten. Manche müssen mehrere Jobs annehmen. Eine unbefristete Stelle ist wie ein Sechser im Lotto. Besonders junge Menschen und Berufseinsteigerinnen und -einsteiger landen in befristeten Jobs.

Die Folge sind Existenzängste und Stress. Die Lebensplanung bleibt auf der Strecke. Geldnöte hindern viele Menschen daran, am sozialen Leben teilzunehmen. Zudem droht Altersarmut. Erwerbslose werden drangsaliert, jeden Job anzunehmen, auch Leiharbeit – das erhöht den Druck, auch ein niedriges Gehalt zu akzeptieren.

Wir wehren uns und machen Druck, damit sich etwas ändert! Mit Streiks kämpfen immer mehr Beschäftigte wie z. B. bei Amazon gegen Befristung und Niedriglöhne. Als LINKE stehen wir an ihrer Seite. Eine gute, sichere Arbeit muss für den Lebensunterhalt reichen und es ermöglichen, die eigene Zukunft planen zu können. **Das muss drin sein.**

■ Wir fordern ein Verbot von Leiharbeit und als Sofortmaßnahme gleiche Bezahlung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern ab dem ersten Tag des Einsatzes.

■ Das Lohndumping über Werkverträge muss aufhören.

■ Kettenbefristungen und sachgrundlose Befristungen müssen verboten werden.

■ Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden.

■ Wir wollen niedrige Löhne zurückdrängen. Dafür brauchen wir einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und eine Stärkung von Tarifverträgen.

Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.

Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
parteivorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn



■ Befristung und Leiharbeit stoppen!
■ **Mindestsicherung**

ohne Sanktionen statt Hartz IV! ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!
■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!
■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV

Hartz IV verletzt die Würde der Menschen: Das Arbeitslosengeld II reicht kaum aus, um über die Runden zu kommen. Gesundes Essen, Kino, Urlaub oder ein Cafébesuch mit Freunden – dafür reicht es nicht. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Und bei Verstößen gegen unsinnige Auflagen drohen Sanktionen. »Sanktion« heißt, dass das Geld gekürzt wird. Dabei sind die Hartz-IV-Leistungen so definiert, dass sie das Existenzminimum darstellen sollen. Das ist vom Grundgesetz geschützt. Hartz IV verstößt gegen die Menschenwürde und damit gegen das Grundgesetz.

Hartz IV ist gescheitert! Das »Jobwunder«, von dem die Regierung spricht, ist ein Märchen: Auf dem Papier sind es weniger Erwerbslose, aber es sind vor allem Teilzeitstellen und unsichere Jobs entstanden. Es gibt also insgesamt nicht mehr Erwerbsarbeit als vor den Hartz-IV-»Reformen«. Die Menschen sind heute im Schnitt länger erwerbslos als vor den Hartz-Gesetzen. Die Statistik wird schön gerechnet, indem zum Beispiel ältere Erwerbslose durch Zwangsverrentung nicht mehr mitgerechnet werden.

Maßnahmen und ständiger Druck sollen vermitteln, dass die Erwerbslosen sich nicht genug bemühen, nicht »beschäftigungsfähig« sind. Das wirkliche Problem ist: Es gibt zu wenig Arbeitsplätze und die Arbeit ist in der Gesellschaft falsch verteilt. Während die einen nach einer Erwerbsarbeit suchen und hunderte Bewerbungen schreiben, müssen andere immer mehr Überstunden machen oder haben zwei oder mehr Jobs, weil die Löhne so niedrig sind. Die Mehrheit der Beschäftigten ist überarbeitet.

Nicht nur die Erwerbslosen sind vom Hartz-IV-System betroffen. Die Angst vor Erwerbslosigkeit macht alle Beschäftigten erpressbar. Niedrige Löhne und prekäre Beschäftigung sind die Folge. Wenn Arbeitssuchende vom Jobcenter gezwungen werden, jeden noch so schlecht bezahlten Job anzunehmen, drückt das die Löhne aller Beschäftigten. Viele Kommunen stellen Ein-Euro-Jobberinnen und -Jobber ein, statt nach Tarif bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.

Damit muss Schluss sein! Wir werden uns niemals damit abfinden, dass Menschen aus

der Gesellschaft ausgegrenzt und in Armut gedrängt werden!

■ Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Leben in Würde ohne Angst vor Sanktionen und vor Armut. Weg mit den Sanktionen! Niemand darf aus seiner Wohnung oder seiner Nachbarschaft vertrieben werden. Zwangsumzüge stoppen!

■ Wir wollen statt Hartz IV eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro. Als Sofortmaßnahme müssen die Regelsätze auf 500 Euro erhöht werden! Die Bedarfs- und Einsatzgemeinschaftsregelungen müssen endlich abgeschafft werden. Sie diskriminieren vor allem Frauen.

■ Erwerbslosigkeit bekämpfen, nicht Erwerbslose! Wir brauchen mehr Beschäftigung: durch eine Umverteilung und Verkürzung der Erwerbsarbeit! Durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor für sinnvolle, sozialversicherungspflichtige und ordentlich bezahlte Arbeit in der Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Ein-Euro-Jobs müssen in versicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden!

Das muss drin sein.

- Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.
- Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
parteivorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn



■ Befristung und Leiharbeit stoppen!
■ Mindestsicherung

ohne Sanktionen statt Hartz IV! ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!

■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!
■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst

Für immer mehr Menschen ist ein Leben wie im Hamsterrad längst normal geworden. Arbeiten bis zum Umfallen, Überstunden ohne Ausgleich, von Job zu Job hetzen und trotzdem die Miete nicht zahlen können. Die Zeit fehlt für die Familie, für Freunde oder einfach Entspannung.

Psychische Erkrankungen und Burn-Out durch Überlastung und Arbeitsstress sind zu einer gesellschaftlichen Krankheit geworden. Das steht für ein gesellschaftliches Problem: Die Arbeitszeiten driften immer mehr auseinander, die Arbeit ist in dieser Gesellschaft falsch verteilt.

Während die einen unter Überlastung und Erschöpfung leiden, finden andere keinen Job oder müssen sich unfreiwillig mit Teilzeit oder schlecht bezahlten Mini-Jobs abfinden. Sie sind oft arm trotz Arbeit, müssen mit Hartz IV aufstocken. Viele müssen mehrere Jobs machen, weil die Löhne zu niedrig sind. Besonders Frauen und Alleinerziehende werden in schlechte Arbeitsverhältnisse gedrängt.

In Zahlen ausgedrückt haben Beschäftigte in Deutschland 2013 knapp 1,4 Milliarden Überstunden geleistet. Umgerechnet könnte man davon 730 000 neue gut bezahlte Vollzeitstellen schaffen. Von den oft unbezahlten Überstunden profitieren nur die Unternehmen. Unsere Ansprüche, selbstbestimmter über Zeit verfügen zu können und Arbeit und Leben besser vereinbaren zu können, sind gestiegen. Aber die herrschende (Un-)Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verhindert, dass diese Ansprüche für alle Menschen verwirklicht werden.

Wie sagen: **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst! Das muss drin sein!**

Gemeinsam mit Erwerbslosen, Teilzeitbeschäftigten, Minijobberinnen und Minijobber, gestressten Eltern und Alleinerziehenden, überlasteten Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten wollen wir Druck machen für eine Umverteilung und Verkürzung der Arbeit und für gute Löhne: Die Arbeitszeit muss sich mehr um das Leben drehen und das Leben weniger um die Arbeit. Beruf und Freundinnen und

Freunde, Familie, kulturelles und politisches Engagement müssen in allen Lebensphasen miteinander vereinbar sein. Eine kürzere Vollzeit für alle würde bedeuten, dass weniger Menschen erwerbslos wären oder aufstocken müssten. Es wäre wieder mehr Zeit für Freunde und Familie, um sich einzumischen und gemeinsam Demokratie zu leben.

■ Damit weniger Arbeitszeit nicht mehr Stress bedeutet, müssen die Mitbestimmungsrechte gestärkt werden.

■ Niemand darf gezwungen sein, mehr als 40 Stunden in der Woche zu arbeiten.

■ Alle Beschäftigten müssen die Möglichkeit zu flexiblen »Auszeiten« haben: durch Sabbatjahre, Familien- und Bildungsauszeiten!

■ Mini- und Midijobs wollen wir in tariflich bezahlte Beschäftigung überführen.

■ Unfreiwillige Teilzeit begrenzen: Beschäftigte müssen einen Anspruch auf Mindest-Beschäftigung haben.

- Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.
- Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn



■ Befristung und Leiharbeit stoppen!
■ Mindestsicherung

ohne Sanktionen statt Hartz IV!
■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!

■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!

■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

Wohnung und Energie bezahlbar machen – Verdrängung stoppen.

Leben in einer bezahlbaren Wohnung, mit genug Platz und dort, wo man sich zu Hause fühlt – für viele keine Selbstverständlichkeit mehr. Wer kein überdurchschnittliches Einkommen hat oder die hohen Maklergebühren nicht bezahlen kann, zieht den Kürzeren im großen Wohnungsroulette. Wer das Glück hat, gerade keine Wohnung zu suchen, muss damit rechnen, von steigenden Strom-, Gas- und Heizungskosten betroffen zu sein.

Seit der Finanzkrise investieren Banken und Versicherungen verstärkt in Immobilien. Viele Investoren nutzen die Gunst der Stunde und treiben die Mietpreise gnadenlos in die Höhe. Luxussanierungen werden durchgeführt, um danach den Quadratmeterpreis anheben zu können. Viele müssen irgendwann ausziehen, weil sie sich die gestiegenen Kosten nicht mehr leisten können. Dazu kommen die seit Jahren immer weiter steigenden Energiepreise: Menschen wird Strom oder Gas abgestellt, sie sitzen im Dunkeln, frieren und können nicht mehr kochen.

Die andere Seite der Medaille sind leerstehende Bürohäuser und Luxuswohnungen in beliebter Lage, die sich niemand mehr leisten kann. Wohnraum ist genug da, er ist nur ungleich verteilt.

Die Folgen sind Verdrängung und »Gentrifizierung«. Diejenigen, die sich die hohen Preise in den Stadtzentren nicht mehr leisten können, werden an den Rand der Stadt gedrängt. Stress durch lange Fahrzeiten zur Arbeit, zur Kita oder Schule kommen so dazu. Wohnquartiere werden zerstört, weil die Stammkneipe wegen der gestiegenen Miete schließt oder die alt eingesessene Nachbarsfamilie ausziehen muss. Gleichzeitig nimmt die Zahl der prekär Beschäftigten zu, befristete Jobs und Leiharbeit drücken die Löhne, Erwerbslose werden drangsaliert. Wer soll sich da noch eine angemessene Wohnung leisten können? Zwangs-räumungen und Wohnungslosigkeit betreffen immer mehr Menschen.

Doch dagegen gibt es Widerstand: wir wehren uns zusammen mit den vielen Initiativen gegen Mieterhöhung und Privatisierung. Volksbe-

gehren sollen der Mietenexplosion etwas entgegen setzen. Gut so! Ohne Druck wird die Politik nicht reagieren. Die sogenannte Mietpreisbremse der Großen Koalition ist nur Augenwischerei und setzt nicht am viel zu hohen Mietspiegel an.

Schluss mit der Verdrängung. Jeder Mensch hat das Recht auf bezahlbaren Wohnraum.

Das muss drin sein.

- Sozialwohnungen ausbauen
- Echte Mietpreisbremse einführen – keine Mieterhöhung aufgrund von Neuvermietung, Kommunen müssen verbindliche Höchstmieten festlegen!
- Schluss mit der Privatisierung von Wohnungen und Wohnungsbaugesellschaften – Miethaien den Riegel verschieben!
- Mietenexplosion stoppen – kostenloses Grundkontingent an Strom für alle!
- Energieversorgung in öffentliche Hand, damit sie demokratisch kontrolliert werden kann.

- Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.
- Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
parteivorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn



■ Befristung und Leiharbeit stoppen!
■ Mindestsicherung

ohne Sanktionen statt Hartz IV!
■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!
■ Wohnung und Energie bezahlbar machen!
■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

Kürzen und Einsparen ist die Devise der Länder und Kommunen. Personal in öffentlichen Einrichtungen wird eingespart auf Kosten derjenigen, die auf gute Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege angewiesen sind. Und auf Kosten der Beschäftigten, die doppelt und dreifach arbeiten müssen. Auf der einen Seite erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten, die in Dauerstress versinken. Auf der anderen Seite fehlen die Fachkräfte. Viele gut qualifizierte Leute finden keine Arbeit oder werden in unfreiwillige Teilzeit oder Minijobs gepresst – prekäre Beschäftigung und Geldsorgen führen zu Existenzängsten.

In Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wird die Versorgung heikel. Infektionen nehmen zu, weil die Zeit für Reinigung und Händewaschen zu knapp wird. Der Personal-mangel ist akut und lebensgefährlich. Wo Krankenpfleger und Ärztinnen zu wenig Zeit haben, überarbeitet und erschöpft sind, können leicht Fehler passieren, auch wenn die Beschäftigten ihr Bestes geben.

Auch an Kitas und Schulen herrscht Notstand. Die Erzieherinnen und Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer sind erschöpft und haben kaum noch Zeit für das einzelne Kind. Besonders sozial benachteiligten Kindern werden so Chancen verbaut.

Die Hochschulen müssen immer mehr Bewerber aufnehmen – dennoch wird gekürzt. Institute müssen schließen, weil angeblich kein Geld mehr da ist. Hochschullehrer werden entlassen, hangeln sich von Befristung zu Befristung oder müssen ohne Bezahlung lehren. Es leidet die Familienplanung und die Lehre, für die kaum noch Zeit bleibt.

Begründet werden die Personalkürzungen mit den angeblich leeren öffentlichen Kassen. Doch das ist ein Märchen. Geld verschwindet nicht – es wechselt nur die Besitzer. Die Reichen und Konzerne wurden in den letzten Jahren systematisch durch sinkende Steuern entlastet. Das Geld fehlt nun in den öffentlichen Haushalten, die auf Kosten der Allgemeinheit zusammengekürzt werden. Die selbst verordnete Schuldenbremse, die die Kommunen dazu verdonnert, keine neuen Schulden

aufzunehmen, verschärft die Misere.

Gute Bildung und Gesundheit sind das Rückgrat einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Wir wollen gemeinsam Druck machen für:

- Mehr Personal damit gute Versorgung in Kitas, Schulen und Krankenhäusern gesichert werden kann.
- Gesundheit und Bildung sind keine Waren. Privatisierung stoppen.
- Die Schuldenbremse muss abgeschafft werden – wir brauchen Investitionen in gute Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege!
- Reiche müssen durch die Einführung einer Erbschaftssteuer und Millionärssteuer zur Verantwortung gezogen werden.
- Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft den Betroffenen, ihren Familien und den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. **Das muss drin sein.**

- Bitte schickt mir mehr Informationen zur Kampagne »Das muss drin sein!«.
- Ich möchte bei der Kampagne mitmachen. Bitte nehmt Kontakt mit mir auf.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Telefon
E-Mail

DIE LINKE.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn